

Die „Welt-Zeitung“ erscheint täglich von Montag bis Freitag und Samstag, außer an Feiertagen und Sonn- und Festtagen. Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr. Einzelhefte 1/2 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. W. Kappeler. Druck: W. Kappeler. Druckort: Berlin. Verlagsort: Berlin. Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr.

Welt-Zeitung

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gründer-Verlag: „Gutenberg's Anstalt's Sonntagsblatt.“

Berlin. 1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementpreise für Berlin: Vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 50 Pf., jährlich 3 Mark. Einzelhefte 1/2 Mark. Ausland: Vierteljährlich 1 Mark 50 Pf., halbjährlich 3 Mark, jährlich 6 Mark. Einzelhefte 1/2 Mark.

Vertriebsstellen: In allen Buchhandlungen und Postämtern.

Die Ministerverantwortlichkeit.

Für die Stimmung in München ist es bezeichnend, daß die offizielle „Allgemeine Zeitung“ die Ausführungen der „National-Zeitung“ ausführlich wiedergibt, welche darthun, daß die Verantwortlichkeit der Kaiserin die Verantwortlichkeit der Reichskanzler bzw. seinem Stellvertreter zufällt. Die „Münchener Nachrichten“ publizieren auf der Spitze ihres Blattes die Mitteilung der „Nat. Ztg.“.

Dies in Berlin seiner der verantwortlichen Minister, auch der Reichskanzler nicht, von der Verantwortlichkeit des Reichswaldes zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Bayern durch das Wolff'sche Bureau vorher kenntlich gemacht habe; infolge dessen ist die Stimmung in München, welche die Verantwortlichkeit der Ministerverantwortlichkeit auf die Kaiserin legt, nicht in irgend einer konstitutionellen Theorie, sondern in einer ministeriellen Praxis, über deren Handhabung in der Verantwortlichkeit von Fall zu Fall weitere Andeutungen zu geben überflüssig ist.

Eine neue Version verbreitet die „Münchener Post“. Danach soll sich Herr v. Bismarck (der an dem fraglichen Sonnabend übrigens nicht in Berlin war. Doch bemerkt haben, eine Verantwortlichkeit des Prinzregenten habe man die Verantwortlichkeit zu vermeiden gesucht. Herr v. Graßhoff soll sogar gegenüber dem in Berlin mit der Verhandlung über die Verantwortlichkeit betrauten Beamten seinem diplomatischen Eupl „eine bössere unbekanntere Sprache“ gegeben haben.

Was die von der „Nat. Ztg.“ erwähnte „ministerielle Praxis“ betrifft, dürfte die sich in Zukunft darstellende Frage sein, ob die Verantwortlichkeit der Ministerverantwortlichkeit über den Sinn dieser ministeriellen Wendung etwas deutlicher werden können.

Vielleicht helfen wir ihr auf die Sprünge, wenn wir ihr vorlegen, sich die Frage verhalten, wie sie sich in einem solchen Falle behandeln würde. Bismarck hätte wahrscheinlich in einer anregend stilistischen Darstellung gesprochen. Geschlossen hätte er wahrscheinlich mit der Erklärung der Verantwortlichkeit für den Fall der Verantwortlichkeit einer Verantwortlichkeit. Die Verantwortung ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, daß Graf Bismarck von einer Verantwortlichkeit „ministerieller Praxis“ nicht hält. Die Reichskanzler folgen einander, aber sie gleichen einander nicht.

Mit dem Bau des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin ist es jetzt angeblich fertig. Wie die „Korr. Zeit.“ erzählt, werden „vorläufiglich“ in nächster Zeit dem preussischen Landtage die bezüglichen Vorarbeiten zugehen. Zwischen dem Bau des Kanalwerkes und dem Bau des Kanalwerkes ist es jetzt angeblich fertig. Wie die „Korr. Zeit.“ erzählt, werden „vorläufiglich“ in nächster Zeit dem preussischen Landtage die bezüglichen Vorarbeiten zugehen.

Die Mitteilung scheint uns missigen Kombinationen zu beruhen. Von einer Trennung der Berlin-Stettiner Großschiffahrtsweg von dem großen Kanalwerke hat man bisher nichts gehört. Selbst über die „große wasserwirtschaftliche Vorlage“ in der nächsten Session werden keine Verhandlungen geführt, glaubt kein Mensch. Sie würde ohne Zweifel von der interministeriellen Verantwortlichkeit mit Bankrott und Trompeten abgelehnt werden.

Der Nachfolger Wangenheim's. Gegenüber einem Dementi des Organs des Bundes der Landwirte hält die „Allg. Ztg.“ die Mitteilung aufrecht, daß dem Kammerherrn v. Didenburg die Nachfolge des Herrn v. Wangenheim als Vorsitzender des Bundes der Landwirte in aller Form angetragen worden ist. Wer die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, weiß auch, daß Herr v. Didenburg diesen Antrag sipp und für abgelehnt hat.

Die offizielle Volksvereinbarung soll auf die Basis einer neuen Wache gestellt werden, wenn die „Berl. Ztg.“ recht unterrichtet ist. Danach soll der Geh. Hofrath Dr. Lauer, der jetzt die „Korr. Zeit.“ nach außen hin vertritt, von seinem Posten zurücktreten. Ihn soll Herr Hugo Jacobi ersetzen, der bis vor kurzem das frühere Organ der Kruppgruppe, die „Berl. N. Ztg.“, redigiert hat. Herr Jacobi ist so viel wir wissen, ein Reichslandtagsabgeordneter. Herr Jacobi soll große Eide von ihm zu halten. Im Grunde genommen ist es natürlich vollkommen gleichgültig, wer die verantwortliche Verantwortung für die offiziellen Notizen übernimmt: dem Staatsoberhaupt werden sie schwerlich jemals Nützlich zum Einfließen bieten.

sich der andere, daß Eberhard ein glücklicher Mensch ist und keineswegs verachtet und verachtet schmeißt und groß. Man gewinnt vielmehr die Überzeugung, daß er trotz ih. ist als freier Mensch seinen Meinungen und seiner Meinung, seiner Meinung kundgeben und annehmen kann leben zu können. Und als ein freier Mann sprach er auch freimütig sich aus.

Er die letzte Phase seiner „Affäre“, die Ausarbeitung der Finanzverwaltung, kündigt sich an.

Es wird darin, Herr Geheimrath, mit aller Bestimmtheit behauptet, daß Ihre Haltung in der Polenfrage entscheidend gewesen ist.

„Polenfrage“ angetragene Erklärung liefert. Der Minister ist irreführend worden. Die Sache läuft auf Angelegenheiten hin, die ein Interesse über seinen Vorstellungen ausmacht. Wie ich in meinem Epilog angedeutet habe, waren meine an ihn gerichteten Briefe, die meine Verlobung betrafen, wohl in Berlin gelangt. Doch die der Minister Herr Reich über meine Verlobung, ist erklärlich. Dann aber beginnt die Geschichte ein anderes Gesicht zu zeigen: Herr Reich machte über mich auch keine Maßnahmen ein. Das ist! Herr Reich hat die Verantwortung der Minister. Nach den Aussagen des Herrn Reich hätte er mich selbst erst hören müssen. Jedenfalls dürfte er den Oberpräsidenten nicht übergeben. Wenn, seinen Vorlesungen, hätte der Minister sich befragen lassen. Ist in seinen eigenen Haus, im Finanzministerium, bedauere es nur eine Frage an den Ministerialdirektor oder an diesen oder jenen der Geheimräthe. Wie sich die Verantwortung der Minister. Die darauf ertheilte Antwort war ich wirklich „entsetzt“, sie meinen Umgang gemein. Die Verantwortlichkeit des Herrn Reich über meine Verlobung und meine Beziehungen in der Polenfrage halten aber die Erklärung, daß Herr von Reich nicht nur den einen Gedanken hatte: „Der Mann muß ja!“

„Was hätte denn Herr Reich über Ihre Verlobung zu sagen?“

„Nun: Er war es doch, der dem Minister die Geschichte von den „Fiktiven“ erzählt, wie ich ihn, sich, zu der neuen „Coalition“ beschuldigen. Ich bin natürlich grüßlich, um mir vorzutheilen, daß der Minister dorthin gehen wollte. Ich habe auch einen Anlaß, zu erklären, daß wenn Herr von Reich über mich hätte kommen lassen und sich mit mir über meine Verlobung ausgesprochen hätte, ich auf seinen Wunsch meinen Rücktritt erachtet haben würde. Aber über die Minister wird schon jetzt unter dem Motto: er habe das Vertrauen zu ihm, mit Herrn Lorenz, wenn er seine Stellung zu seiner Zeitgenossen beizubehalten will mit seiner Haltung in einer politischen Frage, so fühle ich mich bedrückt, mich dagegen zu wehren. Bedenken Sie, was es bedeutet, einem alten Beamten zu sagen, man habe zu ihm nicht mehr das volle Vertrauen! Trotzdem verheißt ich mich nur vor einem so unheimlichen Schritt, und noch heute lebe ich in der Hoffnung, durch die mein Epilog an die Öffentlichkeit gelangt.“

„Was aber ist denn nun an den Angüssen auf Ihre Haltung gegenüber der Polenpolitik?“

„Eine Haltung, welche ich so bei der Art meines Amtes gar nicht zu behaupten. Ich hatte eine Meinung, der ich, wie dies auch schon gesagt ist, im engen Kreise Ausdruck gab. Ich bin durchaus für eine energische Polenpolitik. Man kennt noch heute im Finanzministerium das Wort, das ich so häufig sprach: „Energievoll machen Sie für die deutsche Bevölkerung in der polnischen Grenzgebiete eine Millionäre künftige!“ Ich gebe also viel weiter als die Regierung. Aber über die Formen der Intervention hat sich kein Wort. Herr Eberhard wünschte eine Million für die Polenbelagerung; die Regierung hat dies zunächst nicht Millionen für vorläufig anstreben gehalten. Bei dieser Differenz der Auffassungen des Herrn Eberhard, die sich von der „altpreussischen Sozialpolitik“ um 800 Millionen unterscheiden und das bei einem Beamten der „Finanzverwaltung!“ — was natürlich ein weiteres Zusammenarbeiten nicht möglich. Das war natürlich die schlimmste, als wenn ein Landrat ein wichtiger Beamter der Sozialpolitik ist; nach den einen oder den anderen „Kanzlerstellen“ beauftragt nicht geschickt hat, die Treppe hinaufzuführen.

Wesfälische Beileidigung's Chronik. Drei Wesfälische Beileidigung's-Pöge gab es vor der Wälfischen Staatskammer. Zwei Schwärzer in einer Wälfischen wohnen, wie dem „Vorn.“ berichtet wird, bei einer Wälfischen und erkrankten sich einige Wochen über den deutschen Kaiser. Die Wälfische machte Anträge. Die beiden Schwärzer wurden zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein Fabrikarbeiter wird aus Wälfischen-Gladbach nach einem Wälfischen des Kaisers und erkrankte sich mehrere Wochen über den deutschen Kaiser. Die Wälfische machte Anträge. Die beiden Schwärzer wurden zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilungen fanden in öffentlicher Sitzung statt. Das Demagogentum scheint sippig in die Falle zu treten.

Vom Marianischen Kongress in Freiburg geht ein merkwürdiges Telegramm in die Welt. Danach wurde in der letzten Kongresssitzung:

„Hierdurch protest gegen die Lüge erhoben, daß die Katholiken die Mutter des Christen anbeten.“

Dieses Telegramm rief die üblichen, von ultramontaner Seite kultivierten Wortklauberei Raum, die sich darin gipfelt, „anbeten“ und „anbeten“, die sich darin gipfelt. Auf dieser Unternehmung rief die ultramontane Presse herbei, wenn irgendwo davon gesprochen wird, daß das katholische Volk Heiligengötter, Reliquien etc. anbetet. Mit großer Behemung wird dabei jedesmal der himmelstreichende Irrthum bestritten, der „anbeten“ und „verehren“ für ein und dasselbe hält. Aber eben oder verfahren wird dabei, daß im Volke selbst — man stelle sich die umgebenden Kreise in Spanien, Italien etc. vor — diese spitzfindige dogmatische Unternehmung nicht gefast und nicht verstanden wird. Aber eben wüßten wir nicht, wo die „Lüge“, die man in Freiburg angeblich zurückgewiesen hat, angelautet sein soll. Interessanter wäre es gewesen, das Telegramm hätte etwas mitgeteilt über die Stellung des Kongresses zum neuesten Dogma, das nimmer selbst nach dem vatikanischen „Dekretum catholicum“ angedichtet worden soll.

Die Schließung der Werkmannschulen in Fean-reich ist nunmehr vollständig durchgeführt worden. Jetzt

aber, nachdem diese Welt unter vielen Schwierigkeiten vollendet ist, bringt die „Wagheb. Ztg.“ eine höchst bemerkliche Nachricht aus Paris. Danach befindet sich die französische Regierung in Verlegenheit wegen der Unterbringung der Zöglinge der bisherigen Klosterchulen, so daß neuerdings die Frage aufgeworfen wird, ob nicht die provisorische Wiedereröffnung der Schulen gestattet werden soll. Der Ministerrat wird demnach hierüber beschließen.

Wir wollen hoffen, daß sich diese Forderung nicht bestätigt, denn das Organe dieser Maßregel wäre mit dem Selbstmord der Regierung gleichbedeutend.

Die allerbischwäzdonische Bewegung. Nach einer Depesche der „Frankf. Ztg.“ aus Belgrad beruft die Zentralkomitee der Serben aus Aleskien und Mazedonien nächsten Meeting ein, um gegen die türkischen Gewaltthatigkeiten gegenüber der christlichen Bevölkerung Mazedoniens und Aleskiens zu protestieren und ein energisches Einschreiten der Mächte anzufordern.

Die Burengenerale in Europa. Gestern Vormittag um 9 1/2 Uhr kamen, wie wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, Dewet, Botha und Deloray in Utrecht an. Es wurden, wie überall, von einer großen Menschenmenge begrüßt, welche die Transvaalhymne aufstimmte. Die Begrüßung geschah durch Professor de Roux Namens der Südafrikanischen Vereinigung, durch Klagmann vom christl. nationalen Burengenerale und die Burengenerale führten zunächst ins Hotel und darauf zu Krüger, wo sie ungefähr zwei Stunden verweilten. An der Konferenz nahmen noch J. H. Wessels, Wolmarans, J. H. de Vries, Dr. Leyds, Debrun, Grobler und Ferreira. Gestern Nachmittag fand im „Hotel des Pays Bas“ eine weitere Konferenz statt, ohne Krüger. Wie verlautet, bildete die Besprechung der Schritte, welche die Generale in England zu unternehmen gedenken, die Veranlassung zu den Konferenzen. Um fünf Uhr kehrten die Generale und die Deputation nach dem Haag zurück.

Nach einer Unterredung mit den Burengeneralen hat Frau Luksa Meyer beschlossen, die Leiche ihres Mannes nach Südafrika bringen zu lassen. Die Burengenerale werden nicht nach Südafrika reisen, nur Botha wird seine Gattin dort hin begleiten.

Die Rückkehr der Buren nach Südafrika. 97 Buren, unter denen sich Grenze mit seiner Gattin befand, sind, wie aus St. Helena gemeldet wird, gestern nach Südafrika abgegangen.

Die Eröffnung des Reichs-Parlaments hat gestern stattgefunden, nachdem die Volkvertretung der Kolonie zwei Jahre hindurch suspendirt gewesen war. Ueber die Eröffnungssitzung meldet ein Telegramm aus Kapstadt:

Bei Eröffnung des Parlaments hielt der Gouverneur eine Rede, worin er ausdrückte, daß eine Bill eingebracht werden würde, durch welche der Gouverneur und alle Beamten für die unter Reichsrecht vorgenommenen Handlungen entlastet werden. Sobald diese Bill durchgegangen sei, werde das Kriegsrecht aufgehoben werden. Weiter und weiter in der Rede wurde eine Bill erwähnt, welche die Umwandlung der „Rückzahlung“ der Kolonie in eine Provinz während eines durch Parlamentarismus festgesetzten Zeitraums nicht und die Einführung von Eingeborenen aus Äthiopien mit Ausnahme englischer Unterthanen, sowie die Einwanderung mittelalter Personen und solcher, die an Strafverurtheilungen oder sonstigen Strafen leiden, verbietet. Der Gouverneur kündigte ferner gebräuchliche Gesetzentwürfe an, betreffend Verbesserungen auf dem Gebiete der Einnahmen und anderer öffentlichen Arbeiten sowie einen Entwurf, nach dem von der Kolonie eine Flottenstation für 50000 Pfund erhalten werden soll. Er führte aus, daß diese Vorhaben die Aufmerksamkeit der Regierung weit übersteige, daß die Umwandlung des Handels diese Verbesserung der Kolonie aber rechtliche. Zum Schluß erwähnte der Gouverneur die Vertreter des Volkes, die Mitglieder in dem Götze der Wälfischen zu betreten. Die Minister würden, erfüllt vom Geiste des Friedens und der Verantwortlichkeit, alles möglich thun, um die Autorität der englischen Krone wieder zu erhalten. Er hofft, daß die Vertreter des Volkes sich der parlamentarischen Verfassung würdig erweisen würden, die ihnen in der Mitte der vergangenen Jahrhunderte anvertraut, und der vollen Selbständigkeit, die ihnen vor 30 Jahren gewährt wurde.

Die Gesetgebende Versammlung nahm einstimmig und ohne Debatte eine Adresse an den König und die Königin an, worin angeführt wird, daß alle hoch seien, diesem großen Reiche anzugewandert, und bereitwillig für dessen Integrität einzutreten.

Banglam, aber sicher bringt sich Großbritannien in den Besitz der portugiesischen Kolonien in Südafrika. Aus London berichtet die „Frankf. Ztg.“: Ein Telegramm aus Lissabon meldet, die mit Lord Milner geführten Unterhandlungen umfassen angeblich den Abschluß des Zolltarifvertrages zwischen den portugiesischen und den britischen Häfen Südafrikas, sowie die Abtretung eines ansehnlichen Landstriches für die projektierte Eisenbahn von der Swazi-Landgrenze nach der Küste.

Neue Christenverfolgungen in China werden aus Schanghai gemeldet. Ein amtliches Telegramm berichtet, daß ein Aufstand gegen die Christen in der Provinz Suwan ausgebrochen sei. Ein weiteres Telegramm sagt, man glaube, daß zwei englische Missionare ermordet worden seien, doch ist hierfür noch keine Bestätigung eingetroffen.

Wir wollen hoffen, daß diese Bestätigung ausbleibt. Aber diese immer wieder auftretenden national-chinesischen Aufstände bereuen, was für einen geringen moralischen Gewinn der internationalen Kreuzung des Jahres 1900 auf das Christentum hinterlassen hat. Und nun diesen „Erfolg“ zu erreichen, hat Deutschland allein mehr als eine Viertel-Milliarde Mark ausgegeben!